

Abstimmungskolumne Munz-Müller, Klettgauer Bote

Eidgenössische Abstimmung zum E-ID-Gesetz vom 7. März 2021

25.2.2021; Martina Munz, Nationalrätin

Nein zur Kommerzialisierung der digitalen Identität

Immer mehr Dienstleistungen werden im Internet abgewickelt. Dabei müssen wir uns ausweisen können, genau wie am Schalter. Dafür braucht es eine vertrauenswürdige, elektronische Identität, das bestreitet niemand. Es stellt sich einzig die Frage, wer diese E-ID ausstellt und unsere Daten verwalten soll. Mit der E-ID werden wir Zugang zu unserem Steuermessier erhalten, den Betriebsregisterauszug bestellen, das elektronische Patientendossiers einsehen und vielleicht später sogar mit E-Voting abstimmen und wählen können. Die E-ID ist vergleichbar mit einer Identitätskarte oder dem Schweizer Pass. Und diese werden vom Staat ausgestellt. Niemand käme auf die Idee, seinen Pass bei einer Bank zu bestellen oder sensible Daten in die Hände von Konzernen zu geben. Warum sollen wir beim Gang auf die Behörde den Umweg über eine private Firma machen? Doch die Abstimmungsvorlage gibt für die E-ID genau diesen Weg vor. Zwanzig Grossfirmen haben sich bereits zur SwissSign Group zusammengeschlossen, darunter Grossbanken und Versicherungen, um eine E-ID anzubieten. Im Parlament haben sie mit Erfolg für das private E-ID-Projekt lobbyiert. Die Investitionen werden für die Konzerne zum sicheren Geschäft, denn bei jeder Abfrage der E-ID klingelt die Kasse. Der Bund muss eine neue Personendatenbank aufbauen und wird dann zum Datenlieferanten, der für jede E-ID-Abfrage zahlen muss.

Es wird behauptet, der Staat sei der innovativen Technologie nicht gewachsen sei. Doch genau Schaffhausen widerlegt dieses Argument. Der Kanton will der Bevölkerung eine eID+ anbieten und beweist damit, dass er diese Herausforderung meistern kann. Die Stadt Zug und Lichtenstein haben ebenfalls erfolgreich eine staatliche Lösung installiert. Dagegen hat Dänemark vor einigen Jahren seine E-ID einem privaten Konsortium anvertraut und damit schlechte Erfahrungen gemacht. Das Konsortium wurde bald an amerikanischen Hedge-Fonds Firmen verkauft. Dänemark sah sich gezwungen auf Staatskosten die dänischen Daten teuer zurückkaufen. Das darf in der Schweiz nicht passieren. Das Beispiel zeigt: Sensible Daten dürfen nicht von Grossbanken, Versicherungsgesellschaften und Konzernen verwalten werden. Für Behinderte könnte zudem der barrierefreie Zugang erschwert sein.

Die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner ist eine hoheitliche staatliche Aufgabe, sie gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Mit einem Nein zur E-ID am 7. März ebnet wir den Weg für eine vertrauenswürdige, nicht kommerzielle Lösung, genau wie es Schaffhausen vorzeigt.